



# **Nova EUropa 7-Punkte Plan als Antwort auf den Brexit**

**Resolution des Nova EUropa-Präsidiums  
6.7.2016**

- Eine Wirtschaftsregierung für die Eurozone
- Ein Sicherheitskabinett bestehend aus den Staats- bzw. Regierungschefs sowie den Außen, Verteidigungs- und Innenministern Frankreichs, Deutschlands und Italiens
- Die Schengen-Außengrenze effizient sichern – Einreise von Personen verhindern, die Europas Werte und Lebensmodell ablehnen
- Die Mittelmeerunion reaktivieren und ein Euro-Marshallplan für Afrika und den Mittleren Osten
- Ein Investitions- und Wachstumsprogramm für die Eurozone insb. für Südeuropa
- Die Dekarbonisierung der Wirtschaft einleiten – rasche Umsetzung eines Konzepts der Energiewende
- Das "Geschäftsmodell" der Steueroasen zerstören und die Europas Staaten – durch aggressive Steuerplanung von Großkonzernen – entgehenden Mittel von 50-70 Mrd. Euro jährlich mobilisieren

Das Vereinigte Königreich hat abgestimmt – und die Bürger haben sich für den Austritt aus der Europäischen Union entschieden.

Europa steht nunmehr an einer Weggabelung – zwei Szenarien sind denkbar:

- Der Brexit ist der Beginn des Zerfalls der EU – dies ist dann wahrscheinlich, wenn so weitergemacht wird wie bisher.
- Der Brexit ist das Startsignal für eine Neuaufstellung Europas – ein Europa der zwei Geschwindigkeiten, mit einem **Kerneuropa** unter der Führung Frankreichs, Deutschlands und Italiens, das in der **Lage ist, die aktuell gewaltige Fülle an Herausforderungen zu meistern und die Erwartungen der Bürger zu erfüllen**.

Eine solche Neuaufstellung Europas wird vor allem von Frankreich und Italien forciert. Nova EUropa unterstützt dies und hat seit der Gründung vor mehr als zehn Jahren immer wieder Vorschläge in diese Richtung gemacht. Vor allem sei auf den Nova EUropa Dreistufenplan verwiesen, dessen erste Fassung am 8. Dezember 2011 vorgelegt wurde.

### **Das Präsidium von Nova EUropa erneuert und konkretisiert diese Vorschläge wie folgt:**

Die heutige **Europäische Union** ist von ihrer Konzeption her **nicht geschaffen**, geeint nach außen aufzutreten und die **Interessen Europas durchzusetzen**. Auch wirtschaftspolitisch ist sie nur begrenzt handlungsfähig und die **Eurozone** leidet am **Konstruktionsfehler**, dass ein gemeinsamer Währungsraum auf Dauer ohne eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, also mit einem Haushalt und einer gemeinsamen Wirtschaftsregierung, nicht bestehen kann.

Die EU ist **nicht in der Lage, das zu leisten, was die Bürger erwarten**. Bereits in der Euro-Schuldenkrise wie auch in der Flüchtlingskrise offenbarte bzw. offenbart sich deutlich, dass es naiv war, zu glauben, die EU könne als ein **Konstrukt "sui generis"**, ohne effektiven staatlichen Überbau, die **Herausforderungen Europas meistern**. Ebenso illusorisch und letztlich **fatal** ist aber der **Ruf nach einer Rückkehr zur Kleinstaaterei**. Ein **zersplittertes Europa** stünde den **globalen Entwicklungen schutz- und wehrlos gegenüber** – es wäre ein **Spielball außereuropäischer Entwicklungen**, der **globalen Großmächte** und der **Finanzmärkte**.

### **Das Nova EUropa-Präsidium fordert nun folgende konkrete Schritte:**

- Um Europa handlungsfähig zu machen, soll die **Eurozone wirtschaftspolitisch** durch eine **Wirtschaftsregierung gesteuert** werden. Zielvorgabe müssen Wachstum, Vollbeschäftigung in der Eurozone und die Stabilisierung des europäischen Umfeldes jenseits des Mittelmeeres sein. Nur eine Wirtschaftsregierung eines großen Wirtschaftsraumes kann sich dem negativ wirkenden Standortwettbewerb um möglichst geringe Besteuerung und niedrige Löhne soweit entziehen, dass sie wirtschaftspolitisch handlungsfähig bleibt (**Primat der Politik über die Wirtschaft**).
- Der **Wirtschaftsregierung** sollen der **Staatspräsident Frankreichs**, die **Regierungschefs Deutschlands** und **Italiens**, ein von den Eurostaaten aus deren Mitte gewählter **Regierungschef** eines **kleineren Landes** sowie ein **Finanzminister**, ein **Wirtschaftsminister**, ein **Sozialminister** und ein **Umweltminister** angehören. Den Vorsitz in der Wirtschaftsregierung könnte man der stärksten Wirtschaftsmacht, Deutschland, übertragen (Vorschlag: Frankreich als Vorsitzland im Sicherheitskabinett – siehe unten). Als Legislative und parlamentarische Kontrolle der Regierung könnte ein **Eurozonenparlament** fungieren, das aus den EU-Parlamentariern der Eurozone als erster Kammer sowie einer aus Regierungsmitgliedern der Eurostaaten gebildeten zweiten Kammer, nach dem Muster des deutschen Bundesrates, besteht.
- Europa muss seine außenpolitischen Interessen klar definieren, um als zuverlässiger und berechenbarer Player im globalen Umfeld wahrgenommen zu werden. Und es muss bereit und in der Lage sein, seine Interessen in seinem Umfeld auch wirksam durchzusetzen. Die **Bürgerkriege** im Mittleren Osten und in Nordafrika müssen **beendet** und die **islamistischen Terrororganisationen** militärisch **zerschlagen** werden.
- Letztendlich kann nur ein europäischer Staat, dabei reicht ein **Kernstaat der Gründungsmitglieder**, wobei auch **Österreich Teil** eines solchen **Kernstaates** sein sollte, außen-

und militärpolitisch effizient und auf Augenhöhe mit den USA, China und Russland agieren. **Nova EUropa** tritt für die Gründung eines solchen Staates, einer **Europäischen Republik**, die als ein Staat Mitglied der EU sein soll, ein – als letzte Stufe des europäischen Integrationsprozesses. Die Zeit dafür ist aber noch nicht reif, wengleich sich aktuell die Ereignisse überschlagen und die Situation in ein paar Jahren bereits eine andere sein kann.

- Bis auf weiteres kann Europa außenpolitisch und militärisch nur auf Basis einer engen Kooperation der großen Staaten sinnvoll aktiv werden. Im Rahmen der Kooperation der Eurostaaten mit einer Wirtschaftsregierung würde sich ein **Sicherheitskabinett** bestehend aus den **Staats- bzw. Regierungschefs** und den **Außen-, Verteidigungs- und Innenministern Frankreichs, Deutschlands und Italiens** anbieten – unter dem Vorsitz der UN-Veto- und Nuklearmacht Frankreich (Deutschland hätte den Vorsitz in der Wirtschaftsregierung – siehe oben). Die restlichen Staaten der Eurozone könnten sich an militärischen Operationen beteiligen, ohne jedoch eine Mitsprachemöglichkeit zu haben – denn eine solche würde Europas außenpolitische Handlungsfähigkeit unverantwortbar verlangsamen oder sogar hemmen.
- Die für die Bürger dzt. wichtigste Frage ist der **Massenzustrom von Personen mit islamistisch-patriarchalischen Einstellungen**, also von Menschen, die der Auffassung sind, dass Mann und Frau nicht gleichberechtigt sind und Frauen sich zu verhüllen hätten. Vordringlichste Aufgabe ist es daher, die Schengen-**Außengrenzen** effizient **zu sichern** und durch ein **europäisches Asyl- und Einwanderungswesen die Migrationsströme zu steuern und zu drosseln**. Entscheidender als die Abwehr von Wirtschaftsflüchtlingen ist es dabei, die **Einreise von Menschen zu verhindern**, die **Europas Werte und Lebensmodell ablehnen**. Ein geordnetes Asyl- und Einwanderungswesen bedeutet, dass **Asylanträge** grundsätzlich nur im **ersten sicheren Staat** an der **jeweiligen EU-Botschaft** gestellt werden können. **In Krisenregionen**, wo viele Flüchtlinge erwartet werden, soll die EU "**Hot Spots**" einrichten, die die EU-Vertretungen entlasten. Die Möglichkeit der Asylantragstellung außerhalb Europas bedeutet, dass Flüchtlinge nicht mehr illegal nach Europa einreisen müssen, um einen Asylantrag stellen zu können.
- **Jede Einreise** an den Außengrenzen, gerade an den Seegrenzen, ist **illegal und muss daher verhindert werden**, d.h. die Marine wird die Boote zurückdrängen und notfalls auch in die Gewässer außereuropäischer Staaten eindringen müssen. Illegale Einwanderer, die an den Grenzen bzw. in Europa aufgegriffen werden, sollen grundsätzlich keinen Asylantrag stellen können – es sei denn, die Verfolgung findet in einem Staat statt, der unmittelbar an die Schengenzone grenzt. Daneben soll ein faires und transparentes **Einwanderungswesen**, die Möglichkeit zur Einwanderung nach Europa schaffen. Dabei kann man sich durchaus am Einwanderungsregime Kanadas oder Australiens orientieren – zentrale Voraussetzung muss aber das Bekenntnis zum europäischen Wertekanon und Lebensmodell sein.
- Auch gesicherte Außengrenzen werden dem Druck der massiven Migrationsbewegung – der sich durch Klimawandel und Bevölkerungsexplosion nochmals zu verstärken droht – auf Dauer nicht standhalten können. Um den Massenzustrom zu stoppen, also im Eigeninteresse, und vor allem auch aus humanitären Gründen bedarf es eines Marshallplanes von einer noch nie dagewesenen Dimension. **Zielländer** des **Euro-Marshallplanes** müssen alle **säkular orientierten Staaten Afrikas** und des **Mittleren Ostens** sein. Generelles Ziel muss die Schaffung von **Lebensperspektiven** sein, erreichbar durch ökologisch verträgliche Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Ausbildung sowie in Landwirtschaft und Industrie. Der Euro-Marshallplan muss mit der notwendigen **Energiewende gekoppelt** werden – gerade Nordafrika eignet sich für den massiven Ausbau der Sonnenkraft ("**Saharaprojekt**").
- Institutionell schlagen wir vor, zu diesem Zweck die **Mittelmeerunion** zu **reaktivieren** und diese um alle säkular orientierten Staaten Afrikas und des Mittleren Ostens, die gewisse Mindeststandards bezüglich Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung etc. erfüllen müssen, zu erweitern. Die klare politische Botschaft muss lauten: Am Euro-Marshallplan darf nur teilnehmen, wer weder islamistisch orientiert ist, noch islamistische

Terrororganisationen unterstützt. Eine **Allianz aller säkularen politischen Kräfte gegen die Feinde der freien Welt** ist im **eminenten Interesse Europas**.

- Mit dem Euro-Marshallplan soll auch der **Aufbau** eines funktionierenden, staatlichen, **säkularen Schulwesens** gefördert werden. Das bedeutet die Durchsetzung der **Schulpflicht** für Knaben und **Mädchen** sowie die Vermittlung der **Werte der Aufklärung** und der Moderne, vor allem die Vermittlung der Idee der Frauengleichberechtigung. Im arabischen Raum kann man auf Entwicklungen in den 60er Jahre aufbauen.
- In Europa bedarf es, neben den notwendigen Sanierungsmaßnahmen der Staatshaushalte vor allem südeuropäischer Staaten, eines substanziellen **Investitions- und Wachstumsprogramms für Südeuropa**, aber auch für Länder wie Frankreich und selbst Deutschland – also Investitionen in Infrastruktur (Straßen- und Schieneninfrastruktur sowie Energieversorgung) und Stadtsanierung, Bildung und Ausbildung sowie Kinderbetreuung und speziell in Südeuropa in Industrieansiedelung. Die wachsende Wirtschaft wird, zusammen mit einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik, zu **Vollbeschäftigung, Wohlstand für Alle** und weiter **steigenden Steuereinnahmen** führen.
- Um den Klimawandel zu stoppen, muss die **Dekarbonisierung der Wirtschaft** forciert und vorangetrieben werden. Europa kann und muss hier Vorbild sein – denn **Europa** wird vom **Klimawandel mehrfach betroffen** sein: Durch gewaltige **Umweltschäden** in Europa, durch ebensolche **wirtschaftliche Schäden** und durch **massiven Migrationsdruck** aus dem Süden, vor allem aus dem islamischen Raum, die Europas Gesellschaft in noch kaum vorstellbarem Ausmaß destabilisieren würde – mit möglichen Kriegen und Bürgerkriegen.
- Um die Dekarbonisierung umsetzen zu können, bedarf es der schnellen Umsetzung eines Konzepts der **Energiewende**. In der Eurozone wäre daher die Einführung von **Ökosteuern** vordringlich – wobei dies dann durch das Gewicht der Eurozone in der ganzen EU durchzusetzen wäre. Umweltsteuern verteuern Energieverbrauch und Umweltverschmutzung und führen so zu erwünschtem Verhalten und Handeln. Indem sie Investitionen anstoßen und notwendig machen, tragen sie zum **Erreichen von ökologisch verträglichem Wachstum** und zum **Erreichen des Vollbeschäftigungsziels** bei.  
Die Dekarbonisierung muss aber auch durch **staatlichen Investitionen** und Investitionsförderung unterstützt werden – Ökosteuern alleine reichen nicht. Entscheidend ist der Aufbau einer alternativen, **ökologisch nachhaltigen Stromerzeugung** und der notwendigen Infrastruktur, von "Stromautobahnen" bis zu Stromtankstellen für Elektrofahrzeuge.
- Für eine **offensive Wirtschaftspolitik** und die notwendige Finanzierung des **Euro-Marshallplanes** für Afrika und den Mittleren Osten bedarf es großer finanzieller Mittel. Diese können in Zeiten niedriger Zinsen und erst recht bei Negativzinsen auch durch Verschuldung aufgebracht werden. **Primär** aber müssen die **großen Vermögen** in **Steueroasen rückverlagert** und einer **angemessenen Besteuerung** unterzogen werden. Zudem müssen die **Steuern, die Großkonzerne** durch derzeit **legale Steuervermeidung mithilfe von Steueroasen** ev. aber auch durch Steuerhinterziehung **jenen Staaten entziehen, in denen Produktion und Wertschöpfung tatsächlich erfolgen, auch diesen Staaten zufließen**. Nach Schätzungen des wissenschaftlichen Dienstes des Europäischen Parlaments **entgehen den europäischen Steuerbehörden** durch die "aggressive Steuerplanung" der Konzerne **jedes Jahr zwischen 50 und 70 Milliarden Euro**.
- Die Eurozone muss daher die **Steueroasen zur Kooperation zwingen** und damit deren fragwürdiges "Geschäftsmodell" zerstören. Wenn dazu der Wille und die Machtposition vorhanden sind, geht das relativ einfach, wie die Erfolge und die Durchsetzungsfähigkeit der USA, z.B. in den Verhandlungen mit der Schweiz, gezeigt haben.

Wie die Flüchtlingskrise zeigt, **sind all diese Maßnahmen im eminent österreichischen Interesse**. **Österreich** sollte daher bereit sein, bei all diesen **wirtschafts- und sicherheitspolitischen Maßnahmen** an vorderster Stelle mitzuwirken.